

Neuer Online-Shop auf Ebay: AWO-Inklusionsunternehmen DasDies Service GmbH kämpft um die Sozialkaufhäuser „Die Stöberei“



Das Kaufhaus-Team um Maciej Kozłowski (2. von rechts) freut sich über einen Online-Besuch von Interessierten, die das Stöberei-Angebot bequem von zuhause aus durchstöbern möchten.

Das AWO-Inklusionsunternehmen DasDies Service GmbH kämpft um die Sozialkaufhäuser „Die Stöberei“. Unter anderem mit einem neu eingerichteten Online-Shop auf Ebay: <https://www.ebay.de/str/diestoeberei>

Seit über 30 Jahren betreibt die Arbeiterwohlfahrt Sozialkaufhäuser im Kreis Unna. Das Inklusionsunternehmen der AWO Ruhr-Lippe-Ems, die DasDies Service GmbH, hat diese vor mehr als 15 Jahren übernommen und dort 40 dauerhafte

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose sowie viele Ausbildungsplätze geschaffen. „Die Kaufhäuser haben im letzten Jahrzehnt viele schwierige Zeiten erlebt“, sagt Maciej Kozłowski. Der Geschäftsführer nennt als Beispiele die Einführung des Euros, die Reduzierung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die Steigerung der Benzin- und Energiepreise und die Veränderung des Einzelhandels durch den Online-Handel. „All diese Hürden haben wir bislang gut gemeistert und sind stetig gewachsen“, so Kozłowski weiter. Er betont aber auch: „Wir stellen uns nun seit einem Jahr der Herausforderung der Pandemie, obwohl die Umsätze um 70 Prozent im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten eingebrochen sind.“

Im vergangenen Jahr hatte die Aktion Mensch die DasDies Service GmbH über ein Coronahilfe-Programm unterstützt. Während der gesamten Zeit hat das DasDies-Team an verschiedenen kreativen Lösungen gearbeitet, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. So nähten die Mitarbeiter*innen zum Beispiel Alltagsmasken oder veranstalteten einen kontaktlosen Trödelmarkt.

Menschen versorgen, Nachhaltigkeit fördern, Arbeitsplätze sichern

„Drei Ziele stehen jetzt im Vordergrund“, erläutert Kozłowski: „Erstens wollen wir weiterhin Menschen versorgen, die bereits vor der jetzigen Situation mit geringem Einkommen klarkommen mussten. Zweitens möchten wir uns mit guten Second-Hand-Angeboten und wiederverwertbarer Ware für Nachhaltigkeit und Umweltschutz einsetzen. Für immer mehr Menschen ist die langlebige Nutzung von Produkten – zum Beispiel guter gebrauchter Kleidung oder ausgefallener Möbelstücke – wichtig, um zum Energiesparen und Materialrecycling beizutragen. Und drittens ist es unser Ziel, die geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung und Langzeitarbeitslose zu sichern und zu erhalten.“ In den vergangenen Wochen während des zweiten Lockdowns haben Maciej

Kozłowski und seine Mitarbeitenden weitere Maßnahmen getroffen, um die Einbußen zu mildern. Unter anderem präsentieren sie die Waren, die man telefonisch oder per Internet erwerben kann, jetzt auf Monitoren in den Schaufenstern.

Neuer Online-Shop

Auf der Internetseite der Sozialkaufhäuser führt ein Link zu dem neu eingerichteten Online-Shop. Diesen können Interessierte nach ausgewählten Artikeln – vor allem Möbel – „durchstöbern“. Zudem können Waren telefonisch angefragt werden. Auch eine Terminvereinbarung für die kontaktlose Abholung und die Abgabe von Spenden ist in den Stöbereien möglich.

Arbeit als Gesundheitsfaktor

„Die Arbeit als solches und die dauerhafte Beschäftigung hat eine enorme Bedeutung, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus sozialer und psychologischer Sicht“, sagt Diplom-Psychologe Kozłowski und erläutert: „Die Arbeitsstelle ist für viele Beschäftigte der wichtigste und für manche einzige Ort, um soziale Kontakte zu knüpfen und zu unterhalten. Zudem erhalten sie ein Feedback bezüglich ihrer Tätigkeit und erfahren Wertschätzung. So lernen sie die Sinnhaftigkeit einer beruflichen Tätigkeit schätzen.“ Die Struktur des Arbeitsplatzes übertrage sich auf die Strukturierung des Tagesablaufes eines Jeden, so Kozłowski. „Viele Mitarbeitende erfahren und erlernen gerade in der Arbeit, wie man mit den Maßnahmen gegen Corona umgehen kann. Die erwähnten Aspekte haben enormen Einfluss auf geregeltes Lebens und die Gesundheit der Beschäftigten.“

Auch Sarah Hartleb von der Schwerbehindertenvertretung macht sich Sorgen um die Arbeitsplätze. Sie hofft auf den Erfolg der neuen Verkaufsstrategien und ein baldiges Ende des Lockdowns: „Die Mitarbeitenden haben viel Verständnis für die Maßnahmen und unterstützen sie engagiert“, sagt Sarah Hartleb. Gemeinsam mit Maciej Kozłowski bedankt sie sich bei den treuen Kunden

und großzügigen Spendern, die bislang die Second-Hand-Kaufhäuser tatkräftig unterstützen.

Link zum Online-Shop: <http://www.die-stoeberei.de>>

Telefonische Anfragen / Terminvereinbarungen: Tel. 02306 7511011

Sexuelle Vielfalt im Kontext Flucht: Online-Vortrag über die Lebensrealitäten LSBTI*- Geflüchteter

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche (LSBTI*) Geflüchtete stehen vor besonderen Herausforderungen. Dies trifft nicht nur auf die Erfahrungen im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg zu, sondern auch auf die Zeit nach ihrer Ankunft in Deutschland. Der Aufenthalt in Sammelunterkünften ist häufig von homo- und transfeindlichen Gewalterfahrungen geprägt. Auch im Asylverfahren gibt es für sie besondere Hürden.

Wie ist die Lebensrealität LSBTI*-Geflüchteter? Welche besonderen (Schutz-)Bedarfe haben sie? Und welche praktischen Handlungsansätze ergeben sich daraus? Diesen und weiteren Fragen widmet sich die Referentin Alva Träbert vom NRW-weiten Schulungsprojekt „LSBTI* und Flucht“ der Rosa Strippe e.V. am Donnerstag, den 4. März, zwischen 10 und 12 Uhr.

Organisiert wird der kostenfreie Online-Vortrag vom Bildungswerk Multi-Kulti in Kooperation mit der Integrationsagentur und der Migrationsberatungsstelle des Multikulturellen Forums. Eine Anmeldung ist erforderlich, per

E-Mail unter anmeldung-bw@multikulti-forum.de, telefonisch unter 02306 37893-12 oder online unter www.multikulti-forum.de/kurse.

Nächster DRK-Blutspendetermin am 23. Februar im Martin- Luther-Haus in Weddinghofen

Der nächste Blutspendetermin des DRK in Bergkamen findet am Dienstag, 23. Februar, von 15 bis 19.30 Uhr im Martin-Luther-Haus, Goekenheide 7, in Weddinghofen statt.

Trotz schwieriger Wetterbedingungen hat der DRK Blutspendedienst in den vergangenen Tagen kontinuierlich Blutspenden durchgeführt. „Bevor sich Spender auf den Weg zu uns machen, empfehlen wir einen Blick auf die Internetseite des Blutspendedienstes.“ rät Stephan Jorewitz vom Zentrum für Transfusionsmedizin in Hagen und ergänzt: „Der Blutspendedienst informiert tagesaktuell über Terminausfälle, Zulassungsbestimmungen, eventuelle Ausschlusskriterien und vieles mehr rund um die Blutspende. Wir bitten alle Spender weiterhin ausdrücklich darum, sich im Vorfeld unter blutspende.jetzt einen Termin zu reservieren und eine medizinische Maske zu tragen.“

„Medizinische Maske“ definiert sich laut § 3 Absatz 1 der Coronaschutzverordnung NRW wie folgt: „Medizinische Masken [...] sind sogenannte OP-Masken, Masken des Standards FFP2 oder

diesen vergleichbare Masken (KN95/N95).“

Aus Infektionsschutzgründen bittet der Blutspendedienst darum, auf Begleitpersonen zu verzichten sowie einen eigenen Kugelschreiber zu benutzen. Blutspender werden nicht auf Corona getestet – für die Übertragbarkeit des Coronavirus durch Blut gibt es keine Hinweise. Aktuell gibt es anstelle der Bewirtung zum Abschluss der Blutspende einen kleinen Imbiss als „Lunch-ToGo“.

Blut spenden kann jeder ab 18 Jahren; Neuspender bis zum 69. Geburtstag. Zur Blutspende **muss** immer ein amtlicher Lichtbildausweis mitgebracht werden. Männer dürfen sechs Mal und Frauen vier Mal innerhalb von zwölf Monaten Blut spenden. Zwischen zwei Blutspenden müssen 56 Tage liegen. Für alle, die mehr über die Blutspendetermine in Wohnortnähe erfahren wollen, hat der DRK-Blutspendedienst West im Spender-Service-Center eine kostenlose Hotline geschaltet. Unter 0800 -11 949 11 werden montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr alle Fragen beantwortet.

**Ambulante Pflegekräfte der
AWO im Kreis Unna erhalten
den ersehnten Impfschutz**



Pflegekräfte des ambulanten Pflegedienstes der AWO im Kreis Unna wurden jetzt zum ersten Mal geimpft.

Am Dienstag, 16. Februar, wurden die Pflegekräfte des ambulanten Pflegedienstes der AWO Ruhr-Lippe-Ems im Kreis Unna zur Erstimpfung eingeladen. Die Impfung von Pflegekräften schützt die Menschen, die seit vielen Monaten häufig den einzigen Kontakt von Älteren und Pflegebedürftigen außerhalb der Kernfamilie darstellen und somit auch die zu pflegenden Menschen. „Wir sind als Team stolz darauf, dass wir es dank unserer guten Hygienekonzepte immer sicherstellen konnten, alle unsere Patientinnen und Patienten zu versorgen.“ berichtet die zu Recht stolze Pflegedienstleiterin der AWO, Margret Höner, und ergänzt: „Das frühzeitige Impfangebot an alle ambulanten Pflegekräfte und der daraus resultierende Schutz unserer Mitarbeitenden ist die nachhaltigste Form, um die Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen, die alle Pflegekräfte verdienen.“

Im Gegensatz zu Meldungen aus Pflegebereichen mit geringer Impfbeteiligung ist diese im AWO Pflegedienst extrem hoch, da den Mitarbeitenden der AWO wichtig ist, einen persönlichen Beitrag zu Bewältigung dieser Pandemie zu leisten. Magnus

Memmeler, Fachbereichsleiter Ambulante Gesundheitsdienste:
„Ich bin sehr stolz, dass sowohl in unserer ambulanten Pflege als auch in den drei AWO Tagespflegen im Kreis Unna eine sehr große Impfbereitschaft besteht und unsere Mitarbeitenden die Impfteilnahme nicht als riskante Pflicht betrachten. Vielmehr sehen alle AWO Pflegekräfte die Impfung als Chance auf mehr Normalität.“

Diese erste Impfung der Mitarbeitenden des AWO Pflegedienstes ist der erste große Schritt in Richtung eines umfänglichen Schutzes für die AWO Pflegekräfte, der hoffentlich sehr früh durch eine zweite Impfung vervollständigt werden kann. Die Mitarbeitenden der AWO freuen sich bereits auf den zweiten Pieks.

Wie auch in anderen Regionen mussten die Mitarbeitenden des AWO Pflegedienstes das Impfzentrum aufsuchen. Die Mitarbeitenden lobten die gute Organisation und den reibungslosen Ablauf der Schutzimpfung im Impfzentrum des Kreises Unna.

Nun erwarten alle Tagespflegegäste und Pflegekräfte der AWO Tagespflegen, dass auch hier alsbald ein Impfangebot formuliert wird, um es den Kräften der ambulanten Pflege gleich tun zu können.

Weitere

Informationen: www.awo-rle.de/ambulante-pflege
<<http://www.awo-rle.de/ambulante-pflege>>

IG BAU: Fachkräfte sollen

Tariflohn verlangen – Die Lohnuntergrenze ist im Kreis Unna für 490 Dachdecker gestiegen



Dachdecker haben Anspruch auf einen höheren Mindestlohn. Die IG BAU ruft Beschäftigte zum Lohn-Check auf. Foto: IG BAU

Mehr Geld im Handwerk: Für die rund 490 Dachdecker aus dem Kreis Unna gilt eine neue tarifliche Lohnuntergrenze. Gelernte Kräfte haben seit 1. Januar Anspruch auf einen Mindestverdienst von 14,10 Euro pro Stunde – 3,7 Prozent mehr als bisher. Das teilt die IG BAU Westfalen Mitte-Süd mit – und ruft Beschäftigte in der Region zum Lohn-Check auf. „Auf der aktuellen Lohnabrechnung muss das Plus auftauchen. Wer leer ausgeht, sollte sich an die Gewerkschaft wenden“, so Bezirksvorsitzender Friedhelm Kreft.

Die IG BAU appelliert zugleich an Fachkräfte, auf dem deutlich höheren Tariflohn zu bestehen. Dieser liegt bei 19,12 Euro pro Stunde. „Trotz Pandemie laufen die Arbeiten im Dachdeckerhandwerk auf Hochtouren. Hier sollte sich niemand unter Wert verkaufen“, sagt Kreft. Anspruch auf die tarifliche

Bezahlung haben Gewerkschaftsmitglieder, deren Firma Mitglied in der Dachdeckerinnung ist.

Außerdem bleibt die tarifliche Altersvorsorge in der Branche bestehen. „Die Unternehmen wollten bei der Zusatzrente sparen. Die Folgen für Dachdecker, die wegen der harten körperlichen Arbeit nur selten bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten und nur auf geringe Altersbezüge kommen, wären fatal gewesen. Jetzt müssen Arbeitgeber sogar einen höheren Rentenbeitrag zahlen“, erklärt IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt. Für Beschäftigte sei damit die tarifliche Extra-Rente von 94 Euro pro Monat gesichert.

Auch die Vergütungen für Azubis sind zum Januar gestiegen. Sie kommen jetzt auf 780 Euro im ersten, 940 Euro im zweiten und 1.200 Euro im dritten Ausbildungsjahr.

Nächster Blutspendetermin des DRK am 19. Februar im Treffpunkt an der Lessingstraße

DRK-Blutspendetermine finden weiterhin statt. Der nächste in Bergkamen ist am Freitag, 19. Februar, von 15 bis 20 Uhr im Treffpunkt an der Lessingstraße. Tagesaktuelle Informationen zu Terminen finden Sie unter blutspende.jetzt

Trotz schwieriger Wetterbedingungen hat der DRK Blutspendedienst in den vergangenen Tagen kontinuierlich Blutspenden durchgeführt. „Bevor sich Spender auf den Weg zu uns machen, empfehlen wir einen Blick auf die Internetseite

des Blutspendedienstes.“ rät Stephan Jorewitz vom Zentrum für Transfusionsmedizin in Hagen und ergänzt: „Der Blutspendedienst informiert tagesaktuell über Terminausfälle, Zulassungsbestimmungen, eventuelle Ausschlusskriterien und vieles mehr rund um die Blutspende. Wir bitten alle Spender weiterhin ausdrücklich darum, sich im Vorfeld unter blutspende.jetzt einen Termin zu reservieren und eine medizinische Maske zu tragen.“

„Medizinische Maske“ definiert sich laut § 3 Absatz 1 der Coronaschutzverordnung NRW wie folgt: „Medizinische Masken [...] sind sogenannte OP-Masken, Masken des Standards FFP2 oder diesen vergleichbare Masken (KN95/N95).“

Aus Infektionsschutzgründen bittet der Blutspendedienst darum, auf Begleitpersonen zu verzichten sowie einen eigenen Kugelschreiber zu benutzen. Blutspender werden nicht auf Corona getestet – für die Übertragbarkeit des Coronavirus durch Blut gibt es keine Hinweise. Aktuell gibt es anstelle der Bewirtung zum Abschluss der Blutspende einen kleinen Imbiss als „Lunch-ToGo“.

Blut spenden kann jeder ab 18 Jahren; Neuspender bis zum 69. Geburtstag. Zur Blutspende **muss** immer ein amtlicher Lichtbildausweis mitgebracht werden. Männer dürfen sechs Mal und Frauen vier Mal innerhalb von zwölf Monaten Blut spenden. Zwischen zwei Blutspenden müssen 56 Tage liegen. Für alle, die mehr über die Blutspendetermine in Wohnortnähe erfahren wollen, hat der DRK-Blutspendedienst West im Spender-Service-Center eine kostenlose Hotline geschaltet. Unter 0800 -11 949 11 werden montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr alle Fragen beantwortet.

NGG fordert Mindest-Kurzarbeitergeld – Dramatische Lage im Gastgewerbe: Großteil der Beschäftigten im Kreis Unna in Kurzarbeit

Angesichts weiterhin geschlossener Restaurants, Cafés und Hotels im Kreis Unna macht die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) auf die wachsende Notlage der Beschäftigten aufmerksam – und fordert die Einführung eines Mindest-Kurzarbeitergeldes von 1.200 Euro im Monat. Die NGG geht davon aus, dass die Kurzarbeit aktuell erneut die Ausmaße des Lockdowns vom Frühjahr vergangenen Jahres angenommen hat. Damals meldeten 292 gastgewerbliche Betriebe im Kreis Unna Kurzarbeit an – das sind 63 Prozent aller Betriebe der Branche im Kreis.

Die Zahl der Köchinnen, Kellner und Hotelfachleute in Kurzarbeit stieg im April 2020 auf 1.554. Dies geht aus einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit hervor. Nach Angaben des Ifo-Instituts waren im Januar 2021 bundesweit 56 Prozent aller Beschäftigten des Gastgewerbes in Kurzarbeit. Zum Vergleich: In der Gesamtwirtschaft lag die Quote bei lediglich 7,8 Prozent.

„Im Unterschied zu anderen Branchen dauert der derzeitige Lockdown für die Gastronomie und Hotellerie immerhin schon seit Anfang November. Die Beschäftigten wissen nicht mehr, wie sie noch ihre Miete bezahlen sollen. Ihre letzten Reserven sind längst aufgebraucht. Und es könnten noch Monate vergehen, bis Hotels und Gaststätten wieder öffnen“, sagt Torsten

Gebehart, Geschäftsführer der NGG-Region Dortmund. „Wegen ohnehin niedriger Löhne und fehlender Trinkgelder spitzt sich die Lage der Beschäftigten auch im Kreis Unna dramatisch zu. Ohne schnelle und unbürokratische Hilfe drohen den Menschen existentielle Probleme“, betont Gebehart.

Zusammen mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat die NGG deshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Koalitionsspitzen in einem offenen Brief aufgefordert, ein branchenübergreifendes Mindest-Kurzarbeitergeld in Höhe von 1.200 Euro pro Monat einzuführen. Am 11. Februar debattiert auch der Deutsche Bundestag über das Thema. Außerdem haben ver.di und die NGG eine Online-Petition zum Mindest-Kurzarbeitergeld gestartet. Weitere Infos unter: <https://www.ngg.net/mindest-kug>

„Wenn die Politik Unternehmen mit enormen Steuermitteln unterstützt, um eine Pleitewelle zu verhindern, dann muss auch genug Geld für die da sein, die jetzt jeden Cent zweimal umdrehen müssen“, sagt Torsten Gebehart. Gerade in kleineren Pensionen und Gaststätten in der Region verdienen viele Beschäftigte kaum mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. Eine Kellnerin, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeitet, kommt im ersten Bezugsmonat auf nur 728 Euro Kurzarbeitergeld (ledig, ohne Kinder, Kirchensteuer), so die NGG. Selbst nach der Erhöhung auf 80 Prozent des Einkommens, wie sie nach sieben Monaten Kurzarbeit greift, bleiben nur 971 Euro im Monat.

Comunita Seniorenhaus
„Sophia“ erhält die zweite

Corona-Impfung



Die stellvertretende Pflegedienstleitung, Frau Lisa Brandt, während der Impfung. Foto: Comunita

Am Freitag erhielten die Bewohner und Mitarbeiter vom Comunita Seniorenhaus „Sophia“ die zweite Impfung gegen das COVID-19-Virus. Damit ist die Einrichtung nun bestmöglich gegen das Virus geschützt.

Regionalleiterin Katharina Röttgers ist erleichtert: „Alle Bewohner und Mitarbeiter haben auch die zweite Impfung gut überstanden. Die Resonanz bei Bewohnern wie bei Mitarbeitern war sehr groß. Denn mit der Impfung wird auch bei uns in der Einrichtung eine große Hoffnung verbunden, bald wieder ein halbwegs „normales“ Leben führen zu können. Wir freuen uns, dafür einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gegangen zu sein.“

„Danke an die Mitarbeiter, die Angehörigen und dem Impfteam für die Unterstützung in den vergangenen Wochen und Monaten und vor allem für den reibungslosen Ablauf der Impfungen“, so Katharina Röttgers weiter.

Oliver Kaszmarek: Niemand darf in der Pandemie zurückbleiben – JobCenter können Laptops für bedürftige Kinder übernehmen



Oliver Kaszmarek

Damit einkommensschwache Familien in der Corona-Krise nicht benachteiligt werden, hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil jetzt zusätzliche Hilfen angekündigt: Für bedürftige Schülerinnen und Schülern übernehmen die Jobcenter Kosten für Laptops, Tablets oder Drucker für den Unterricht zu Hause. Darüber hinaus bekommen Hartz-IV-Empfänger schon bald je zehn kostenlose FFP2-Masken oder vergleichbare medizinische Masken. "Es ist wichtig, dass wir in der Krise niemanden alleine lassen.", begrüßt der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaszmarek die Maßnahmen.

Die Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus Familien, die auf Grundsicherung angewiesen sind, gilt für alle Schüler*innen an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Die Schüler*innen bzw. deren Eltern müssen den entsprechenden Bedarf beim Jobcenter geltend machen, der im Regelfall bis zu 350 Euro betragen kann. "Bereits im Sommer vergangenen Jahres

hat der Bund ein 500-Millionen-Programm für Leihlaptops für bedürftige Kinder aufgelegt“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek. Die neue Regelung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ergänze dieses Programm nun. „Der Zugang zur Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen“, sagt Kaczmarek. Der Zuschuss für die digitale Ausstattung von bedürftigen Schüler*innen sei ein wichtiger Schritt in

Richtung Chancengleichheit. Zudem weist der Bundestagsabgeordnete darauf hin, dass mit dem Digitalpakt Schule bereits eine langfristige Ausstattungsoffensive für Digitalisierung in Schulen gestartet ist, von der der Kreis Unna mit 19,8 Mio. Euro profitiert und die allen Schüler*innen zukommt.

Zudem erhalten wegen der verschärften Maskenpflicht nun auch Hartz-IV Empfänger je zehn kostenlose FFP2-Masken. Zum Schutz von Risikogruppen hatte der Bund bereits ein Programm für die Ausgabe von FFP2-Masken aufgelegt. Nun werde auch für das neue Programm eine kurzfristig umsetzbare Lösung genutzt. Das heißt: Die Berechtigten werden zügig durch ihre Krankenkasse bzw. –versicherung

per Schreiben über einen Anspruch informiert. Bei Vorlage des Schreibens und eines Lichtbildausweises erhalten die Betroffenen dann ihre Masken in der Apotheke. Eine Eigenbeteiligung ist nicht vorgesehen, den Berechtigten entstehen keine Kosten. Die Finanzierung der Masken erfolgt aus dem Bundeshaushalt. „Das ist ein wichtiger Beitrag in der Pandemie“, so Kaczmarek. Notwendiger Schutz dürfe keine Frage des Geldbeutels sein.

Tag der Kinderhospizarbeit: Kreis setzt Zeichen der Verbundenheit



Landrat Mario Löhr mit dem grünen Band als Symbol für den Tag der Kinderhospizarbeit. Foto: Birgit Kalle – Kreis Unna

Mit leuchtend grünen Bändern sind in den nächsten Tagen einige Dienstfahrzeuge der Kreisverwaltung unterwegs. Anlass dafür ist der bundesweite Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar. Damit will die Kreisverwaltung ein Zeichen der Verbundenheit setzen.

Noch immer ist das Thema Tod und Sterben von Kindern und Jugendlichen ein Tabu-Thema.

Mit der Aktion soll auf die Arbeit der Kinderhospizdienste und des Deutschen Kinderhospizvereins aufmerksam gemacht werden.

„Das grüne Band soll betroffene Familien mit Freunden und Unterstützern symbolisch verbinden und die Hoffnung ausdrücken, dass sich immer mehr Menschen für die erkrankten Kinder und deren Familien einsetzen“, unterstreicht Landrat

Mario Löhr.

Auf Kinderhospizarbeit aufmerksam machen

Im Rahmen der Kinderhospizarbeit werden Kinder mit verkürzter Lebenserwartung und deren Familien begleitet und unterstützt. Die Begleitung erfolgt ab der Diagnose, im Leben und Sterben sowie über den Tod der Kinder hinaus.

Mit dem Tag der Kinderhospizarbeit am 10. Februar sollen die Inhalte dieser Arbeit bekannter gemacht und Menschen motiviert werden, sich mit erkrankten Kindern, ihren Eltern und Geschwistern zu solidarisieren. Außerdem dient dieser besondere Tag dazu, ehrenamtliche Begleiter sowie finanzielle Unterstützer zu gewinnen.

Wer sich mit dem Engagement solidarisch zeigen möchte, kann ebenfalls grüne Bänder anbringen. Zu haben sind diese beim Deutschen Kinderhospizverein e.V., www.deutscher-kinderhospizverein.de. PK | PKU

DRK-Blutspendetermine finden weiterhin statt

„Blutspendetermine finden weiterhin statt- gemäß Coronaschutzverordnung mit medizinischer Maske und Terminreservierung für mehr Abstand und Sicherheit“, teilt das DRK mit. Der nächste Blutspendetermin in Bergkamen findet statt am Freitag, 12. Februar, von 15 bis 19.30 Uhr im Haus der Mitte in Rünthe, Kanalstraße 7.

Die Corona-Schutzmaßnahmen sind seit Ausbruch der Pandemie konsequent auf den Blutspendeterminen des DRK umgesetzt worden. Gemäß der Coronaschutzverordnung des Landes NRW

richtet der DRK Blutspendedienst seine Blutspenden nur noch mit Terminreservierung aus, um Abstände halten zu können und Menschenansammlungen vor und in den Spendelokalitäten zu vermeiden. „Wir bitten alle Spender ausdrücklich darum, sich im Vorfeld unter [blutspende.jetzt](https://www.blutspendedienst-west.de/corona) einen Termin zu reservieren und eine medizinische Maske zu tragen.“ berichtet Stephan Jorewitz vom Zentrum für Transfusionsmedizin in Hagen und ergänzt: „Die aktuell geltenden Zulassungsbestimmungen gewährleisten weiterhin einen sehr hohen Schutz für Blutspender und Empfänger. Mehr Informationen hierzu und zu eventuellen Ausschlusskriterien gibt es unter <https://www.blutspendedienst-west.de/corona>“.

„Medizinische Maske“ definiert sich laut § 3 Absatz 1 der Coronaschutzverordnung NRW wie folgt: „Medizinische Masken [...] sind sogenannte OP-Masken, Masken des Standards FFP2 oder diesen vergleichbare Masken (KN95/N95).“

Aus Infektionsschutzgründen bittet der Blutspendedienst darum, auf Begleitpersonen zu verzichten sowie einen eigenen Kugelschreiber zu benutzen. Blutspender werden nicht auf Corona getestet – für die Übertragbarkeit des Coronavirus durch Blut gibt es keine Hinweise. Aktuell gibt es anstelle der Bewirtung zum Abschluss der Blutspende einen kleinen Imbiss als „Lunch-ToGo“.

Blut spenden kann jeder ab 18 Jahren; Neuspender bis zum 69. Geburtstag. Zur Blutspende **muss** immer ein amtlicher Lichtbildausweis mitgebracht werden. Männer dürfen sechs Mal und Frauen vier Mal innerhalb von zwölf Monaten Blut spenden. Zwischen zwei Blutspenden müssen 56 Tage liegen. Für alle, die mehr über die Blutspendetermine in Wohnortnähe erfahren wollen, hat der DRK-Blutspendedienst West im Spender-Service-Center eine kostenlose Hotline geschaltet. Unter 0800 -11 949 11 werden montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr alle Fragen beantwortet.